

Mathilde Drees

* 25. Januar 1862 in Oldenburg
† 18. Juni 1938 in Hannover

„Der Fraueneinfluß muß auf allen Gebieten unseres kommunalen Lebens stärker zur Geltung kommen.“

Mathilde Drees, in: Der Frauenstadtbund, 2. Jahrgang 1930, Heft 4, herausgegeben vom Frauenstadtbund Hannover e.V.



Neben ihrem Engagement in kommunalen Gremien war Mathilde Drees von 1918 bis 1933 Vorsitzende des Frauenstadtbundes Hannover, einem breiten Bündnis bürgerlicher Frauenvereine. (Foto: Kurier im Bild, Heft 6, 1929)

Mathilde Drees gehört zu den profiliertesten Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung in Hannover. Nach ihrem Lehrerinnenexamen im sächsischen Callenberg arbeitete sie zunächst als Lehrerin in Mädchenschulen ihrer Heimatstadt Oldenburg. 1899 legte sie in Berlin zusätzlich das Oberlehrerinnenexamen in Deutsch und Französisch ab. Von 1900 bis zu ihrer Pensionierung 1927 unterrichtete sie als Oberlehrerin (spätere Bezeichnung: Studienrätin) an der Schillerschule, dem hannoverschen Lyzeum II.

Bei den Bürgervorsteherwahlen am 23. Februar 1919 kandidierte sie für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) auf der Liste Lenzberg. Die liberale Partei hatte sie 1919 auch für die Wahlen zur Nationalversammlung und zum Preußischen Landtag aufgestellt, in den sie 1924 für einige Monate als Nachrückerin einzog.

Dem hannoverschen Bürgervorsteherkollegium gehörte Mathilde Drees in der ersten Wahlperiode von 1919 bis 1924 an. Sie arbeitete in zahlreichen Gremien wie etwa der Schulkommission, der Gesundheitskommission und in der Bücherei- und Lesehallenkommission mit. Nachdrücklich focht sie für weibliche Schulleitungen an Mädchenschulen und gleiche Bildungschancen von Mädchen und Jungen. Mit Bezug auf den Gleichberechtigungssatz der Weimarer Verfassung äußerte sie in einer gemeinschaftlichen Sitzung von Magistrat und Bürgervorsteherkollegium am 16. Februar 1920: *„Wir begrüßen es, dass von anderer Seite der Antrag gestellt ist, die Mädchen in Bezug auf das Schulgeld den Knaben gleichzustellen. Wir wissen, dass die Staatsanstalten das bisher nicht getan haben. Es war uns stets ausserordentlich erstaunlich, wie die Staatsanstalten in diesem Punkte noch zurückbleiben konnten, nachdem doch in der Reichsverfassung ausdrücklich festgelegt worden ist, dass für das weibliche Geschlecht keinerlei Ausnahmebestimmungen mehr gelten sollen. Wir würden es deshalb mit Freuden begrüßen, wenn gerade in dem Punkte ‚Bildungsmöglichkeit‘ den Mädchen dieselben Vorteile eingeräumt würden wie den Knaben.“* (Stadtarchiv Hannover)

Frieda Harms

geborene Lawes

* 26. August 1889 in Göttingen
† 25. Juni 1970 in Hannover

„Die bevorstehenden Gemeindewahlen geben uns die Möglichkeit, unsere Ansichten und Wünsche selbst zu vertreten und zur Geltung zu bringen.“

Henriette Lehmann aus Göttingen sprach auf Frauerversammlungen der Mehrheits-SPD in Hannover. Das Zitat stammt aus ihrem Beitrag zum Thema „Die Frauen in der städtischen Wohlfahrtspflege“, den der Volkswille am 23. Februar 1919 veröffentlichte. Von Frieda Harms selbst sind im Stadtarchiv Hannover keine Wortmeldungen überliefert.



Im hannoverschen Kommunalwahlkampf lud die SPD Henriette Lehmann als Referentin ein, die im März 1919 in das Göttinger Bürgervorsteherkollegium gewählt wurde. Hannoverscher Anzeiger, 20. Februar 1919

Über die sozialdemokratische Bürgervorsteherin Frieda Harms wissen wir nur sehr wenig. Sie wurde in Göttingen als Tochter von Wilhelm und Elise Lawes geboren und wuchs mit zwei älteren Geschwistern auf. Die Familie lebte seit 1897 in Hannover. Laut Adressbuch der Stadt Hannover wohnte Frieda Harms in der Klaus-Groth-Straße 7, in der Nähe der Genossenschafts-siedlung Spannhagengarten. Als Berufsangabe ist Stepperin (Textilarbeiterin) vermerkt.

Die jüngste der fünf Bürgervorsteherinnen der ersten Stunde war mit dem Gewerkschaftssekretär Adolf Harms verheiratet gewesen, zum Zeitpunkt ihrer Wahl in das Bürgervorsteherkollegium aber bereits verwitwet. 1926 heiratete sie in zweiter Ehe den Kraftwagenführer Albert Mönlich.

Frieda Harms kandidierte auf Platz 18 der Liste der Mehrheitssozialisten. Diese Liste wurde von dem sozialdemokratischen Funktionär und Geschäftsführer des Volkswillens Ludwig Dörcke angeführt. Für die Mehrheits-SPD, die bei der Wahl im Februar 1919 stärkste Fraktion im Bürgervorsteherkollegium wurde und 35 von 84 Sitzen gewann, zog sie in das Kollegium ein. Sie legte ihr Mandat bereits am 25. November 1920 – nach gut zwanzig Monaten – aus bislang unbekanntem Gründen nieder.

Frieda Harms nahm regelmäßig an den gemeinsamen Sitzungen der städtischen Kollegien teil und saß in der Gesundheitskommission, in der Kommission für Marktpreise sowie in der Kommission für die Kinderheilstätte. Es ist davon auszugehen, dass sie als früh verwitwete Arbeiterin die Not der Bevölkerung, insbesondere auch die von Frauen und Kindern, in den Kriegs- und Nachkriegsjahren gut kannte.

Dr. Auguste Jorns

* 6. Oktober 1877 in Hannover
† 7. Februar 1966 in Hannover

„Man muss jedem Menschen zur Pflicht machen, dass er die Ansicht des anderen achtet, und das kann man auch.“

Auguste Jorns, in: Protokolle der gemeinschaftlichen Sitzungen der Kollegien, 6. November 1922 (Stadtarchiv Hannover)



Dr. rer. pol. Auguste Jorns, Leiterin des Christlich-sozialen Frauenseminars des DEF (Foto: 25 Jahre Deutscher Evangelischer Frauenbund, Hannover 1930). Auguste Jorns und ihre Schwester Marie Jorns, Kunsthistorikerin am Kestner-Museum, wohnten in der bürgerlichen List, Stromeyerstraße 3.

Dr. Auguste Jorns zog nach der Wahl am 23. Februar 1919 für die Deutsche Volkspartei (DVP) im Bündnis mit Bürgerbund und Deutschnationalen (Liste Wallbrecht) auf Platz 3 in das Bürgervorsteherkollegium ein. Zu diesem Zeitpunkt war die promovierte Volkswirtin 41 Jahre alt.

Sie hatte erst mit 30 Jahren in Osterode am Harz ein Externen-Abitur abgelegt und im Anschluss daran in München, Freiburg und Berlin Volkswirtschaftslehre studiert.

Nach Tätigkeiten für das Büro für Sozialpolitik und die Zentralstelle für Volkswohlfahrt in Berlin arbeitete sie seit 1917 beim Deutschen Evangelischen Frauenbund (DEF) in Hannover. Bis zu ihrer Pensionierung leitete sie das Christlich-soziale Frauen-seminar des DEF und bildete Wohlfahrtspflegerinnen aus.

Als Expertin für Wohlfahrtspflege engagierte sich Auguste Jorns im Bürgervorsteherkollegium besonders in der sozialpolitischen Kommission, im Arbeitsausschuss für Jugendpflege und im Wohlfahrtsausschuss. Sie setzte sich für das Ziel ein, den weiblichen Einfluss in der öffentlichen Fürsorge zu stärken, und zum Beispiel eine Fürsorgeärztin in der Stadtverwaltung einzustellen. Außerdem plädierte sie dafür, ausgebildete Wohlfahrtspflegerinnen in den entsprechenden Ämtern zu beschäftigen.

Aufgrund ihrer Nähe zum DEF und den Erfahrungen mit der sozialen Arbeit der Frauenverbände – so war sie im Ersten Weltkrieg im nationalen Frauendienst der bürgerlichen Frauenbewegung aktiv gewesen – trat sie für die Zusammenarbeit von kommunaler und privater Wohlfahrtspflege und eine stärkere Einbeziehung der privaten Wohlfahrtsorganisationen ein.

Auch in den gemeinsamen Sitzungen von Magistrat und Bürgervorsteherkollegium brachte sie sich in die Debatten ein und trug den Standpunkt ihrer Fraktion vor.

Nach dem Zweiten Weltkrieg engagierte Auguste Jorns sich in Frauenarbeitskreisen der CDU in Hannover und Niedersachsen und gehörte dem Landesvorstand der niedersächsischen CDU an. Sie arbeitete an Gesetzesvorlagen zur Reform des Ehe- und Familienrechts mit. Für ihr langjähriges Wirken wurde sie mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse geehrt.



100 Jahre Frauen im Rat
der Landeshauptstadt Hannover

LANDESHAUPTSTADT
HANNOVER

HANNOVER

100 Jahre Frauen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts kämpften Frauen um politische Teilhabe. Es sollte ein beschwerlicher und zäher Weg werden. Erst nach dem Ende des Ersten Weltkriegs trat am 30. November 1918 in Deutschland das Reichswahlgesetz mit dem allgemeinen aktiven und passiven Wahlrecht für Frauen in Kraft. Endlich erhielten Frauen das Recht zu wählen und gewählt zu werden.

Die erste demokratische Kommunalwahl in Hannover fand am Sonntag, dem 23. Februar 1919, statt. Für das Bürgervorsteherkollegium (dem heutigen Rat der Landeshauptstadt Hannover vergleichbar) hatten sich 15 Frauen unterschiedlicher Parteien zur Wahl gestellt. Nur fünf Frauen erhielten Sitz und Stimme. Das Kollegium bestand zunächst aus 84 Mitgliedern, der Frauenanteil lag bei 5,9 %.

Eine Woche später führte Oberbürgermeister Robert Leinert die Bürgervorsteher*innen im Neuen Rathaus in ihr Amt ein. In seiner Rede dominierten die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, die nach Krieg und Revolution zu bewältigen waren. Auch auf den langen Kampf der Frauen um politische Mitbestimmung ging Leinert ein. Er begrüßte „die in das Kollegium neu eingetretenen Frauen, die in der sozialen Wohlfahrtspflege reichlich Gelegenheit haben würden, um das Volk wieder zum sozialen Aufstieg zu bringen“. (Hannoverscher Anzeiger vom 1. März 1919)

Die Landeshauptstadt Hannover würdigt diesen historischen Moment der Wahl der ersten hannoverschen Kommunalpolitikerinnen mit einer Feierstunde und einer Ausstellung im Neuen Rathaus.

Ein Blick auf die aktuelle Zusammensetzung der Parlamente zeigt, dass allein das Recht zu wählen und gewählt zu werden offenkundig nicht ausreicht, damit Frauen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil in den Parlamenten repräsentiert sind. Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag liegt bei knapp 31 %, im Niedersächsischen Landtag bei 27 % und im Rat der Landeshauptstadt Hannover bei rund 31 %. Und nur annähernd 10 % der Kommunen in Deutschland werden von einer Frau

Grußwort

Stefan Schostok
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Hannover



geführt. Die Ursachen für die Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik sind vielfältig. Es braucht neue Wege, um eine gleichberechtigte politische Teilhabe zu erzielen. Zurzeit wird im Bundestag überparteilich über gesetzliche Maßnahmen diskutiert, um eine Parität in den Parlamenten herzustellen. Als erstes Bundesland hat Brandenburg in diesem Jahr ein Paritätsgesetz beschlossen, das von den Parteien eine gleiche Anzahl von Frauen und Männern als Kandidat*innen bei den Landtagswahlen einfordert. Aber auch die Rahmenbedingungen müssen sich verändern, damit ein politisches Engagement für Frauen attraktiver wird und die Vereinbarkeit unterschiedlicher Lebens- und Familienmodelle mit der Übernahme eines Mandates gewährleistet ist. Auch die Parteien sind gefordert, tradierte Vereinskulturen zu hinterfragen und aufzubrechen, um Frauen zur aktiven Mitarbeit zu gewinnen.

Heute bewerten wir die Einführung des Frauenwahlrechts vor hundert Jahren als einen Meilenstein auf dem Weg zur geschlechtergerechten Repräsentation in den Parlamenten. Die aktuelle Debatte um die politische Parität zeigt: Der Weg ist noch nicht vollendet.

Stefan Schostok



Marie Ballauff

geborene Haccius

* 16. September 1860 in Lüneburg

† 9. Februar 1924 in Hannover

„Was Frau Ballauff anlangte, so sei sie als energische Dame bekannt, der bei ihrem Posten auch die Eigenschaft als Bürger-vorsteherin zu statten komme.“

Schulsenator Wespy, in: Personalakte Marie Ballauff betreffend ihre Aufgabe im Schulreinigungs-Ausschuss (Stadtarchiv Hannover)



Marie Haccius heiratete im Jahr 1897 den Kaufmann Paul Ballauff, der ebenfalls im Heimatbund Niedersachsen und in der Kriegsgefangenenhilfe aktiv war. Foto von „Otto Kamm, Ph., Linden“ auf einer Karte mit dem Menü für die „Hochzeitsfeier von Fräulein Marie Haccius mit Paul Ballauff. Lintorf, den 30. Juni 1897“ (Historisches Museum Hannover)

Bild links: Der Bürgervorsteheraal im Neuen Rathaus, Aufnahme von 1913. In diesem Saal trat das Bürgervorsteherkollegium zu seinen Beratungen zusammen. Er wurde 1943 bei Luftangriffen auf Hannover zerstört. (Historisches Museum Hannover)

Nach der Kommunalwahl am 23. Februar 1919 zog Marie Ballauff für die welfentreue Deutsch-Hannoversche Partei (DHP) in das Bürgervorsteherkollegium der Stadt Hannover ein. Auf der Liste Lutz, der Wahlliste der DHP und des Zentrums, stand sie auf Platz 13. Marie Ballauff war 58 Jahre alt und verfügte durch ihr Engagement im Vorstand des Heimatbundes Niedersachsen e.V. sowie im Vorstand der Kriegsgefangenenhilfe über umfangreiche Erfahrungen in der Gremienarbeit.

Sie hatte zuvor bereits für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung auf der Liste der DHP und des Zentrums auf Platz 11 kandidiert, war allerdings erfolglos geblieben.

Marie Ballauff gehörte dem Bürgervorsteherkollegium bis zu ihrem Tod im Jahr 1924 an. Sie arbeitete unter anderem in der Bücherei- und Lesehallenkommission, in der Museumskommission, in der Gesundheitskommission, im Strafanstaltsbeirat sowie im Arbeitsausschuss für Jugendpflege mit. Außerdem erklärte sie sich bereit, die Reinigung städtischer Schulgebäude zu beaufsichtigen.

Ihr besonderes Engagement galt den Kriegsgefangenen. So plädierte sie in einer gemeinsamen Sitzung der städtischen Kollegien – Magistrat und Bürgervorsteherkollegium – dafür, das Wohnungsamt zu ermächtigen, „die Wohnungsgesuche der zurückkehrenden Kriegsgefangenen auf die Dringlichkeitsliste zu setzen. [...] wenn es jemand zu gönnen ist, eine eigene Wohnung zu haben, dann ist es den Kriegsgefangenen zu gönnen, die teilweise 4 und 5 Jahre unter den geradezu furchtbarsten Wohnungsverhältnissen gelebt und besonders gelitten haben, die niemals einen eigenen Raum für sich inne hatten“. (Stadtarchiv Hannover)

Über ihre Aktivitäten in der Kommunalpolitik hinaus war sie frauenpolitisch engagiert und gründete bereits im Februar 1919 gemeinsam mit Frieda von Voigt den Deutsch-Hannoverschen Frauenbund, als dessen zweite Vorsitzende sie wirkte.

Therese Bremer

geborene Glitzsch

* 27. Juni 1870 in Wandersleben/Kreis Erfurt

† 11. Februar 1954 in Hannover

„BV Frau Bremer wünschte, dass in den Fürsorgekommissionen das weibliche Element stärker vertreten sei.“

Protokoll der Sitzung des vorläufigen Fürsorgeausschusses am 2. März 1922 (Stadtarchiv Hannover). In den Fürsorgekommissionen saßen jeweils vier im Bezirk wohnende Einwohnerinnen und Einwohner. Der Ausschuss folgte Therese Bremers Antrag, wonach mindestens die Hälfte von ihnen weiblich sein sollte.



„Auf in die Versammlungen!“ Die SPD wandte sich im Wahlkampf mit zahlreichen Veranstaltungen gezielt an die Wählerinnen. Anzeige im Hannoverschen Tageblatt, 21. Februar 1919

Auf der Liste Dörnke/Mehrheitssozialisten wurde Therese Bremer im Alter von 48 Jahren für die SPD in das Bürgervorsteherkollegium gewählt. Sowohl bei den Kommunalwahlen 1919 als auch bei den folgenden Wahlen 1924 und 1929 kandidierte die Sozialdemokratin auf Platz 5, später auf Platz 3 jeweils auf einem sehr guten Listenplatz. Daran zeigt sich, welche Wertschätzung ihr in der sozialdemokratischen Partei entgegengebracht wurde. Bis März 1933 arbeitete sie im hannoverschen Stadtparlament mit. Außerdem reiste sie als Delegierte des Wahlkreises 8 (Hannover) zu den Parteitag und Reichs-Frauenkonferenzen der SPD nach Weimar und Berlin.

Therese Bremer war verheiratet mit dem Schlosser Wilhelm Bremer. Das Paar wohnte bis Ende der Zwanzigerjahre am Engelbosteler Damm 114 in der hannoverschen Nordstadt, anschließend in der Lindener Bennostraße.

Soziale Fragen lagen ihr besonders am Herzen. So arbeitete sie in der sozialpolitischen Kommission des Bürgervorsteherkollegiums mit und engagierte sich in der Lebensmittelkommission, im Schlachthofausschuss und in der Preisprüfungsstelle für die gerechte Verteilung knapper Güter. Auch in den gemeinsamen Sitzungen von Magistrat und Bürgervorsteherkollegium meldete sie sich zu Wort. Hier setzte sie sich dafür ein, dass auch Mädchen Berufsschulunterricht erhalten sollten: „Auf alle Fälle ist der Besuch der gewerblichen Fortbildungsschulen für die nicht handwerklich beschäftigten Arbeiterinnen notwendig; denn die Mädchen suchen heutzutage keine vorübergehende Arbeitsstätte mehr, sondern eine dauernde Stelle, wo sie ihr Brot verdienen können.“ (Stadtarchiv Hannover)

In einer Sitzung der Kreishebammenstelle am 24. September 1928 stimmte Therese Bremer als einzige der Anwesenden gegen die Bestrafung einer Hebamme, die Frauen Verhütungsmittel gegeben hatte, obwohl dies den Hebammen untersagt war. (Stadtarchiv Hannover)

Impressum

Landeshauptstadt Hannover
Büro Oberbürgermeister
Politik und Verbände
Trammplatz 2, 30159 Hannover

Gleichstellungsbeauftragte der
Landeshauptstadt Hannover

Stadtarchiv Hannover

Recherche und Texte:
Martina Jung M.A.
Ausstellung Konzept Recherche Text,
unter Mitarbeit von Dr. Karin Ehrich
Büro für Geschichte und Biografie

Bildredaktion:
Martina Jung M.A., Uta Ziegan M.A.

Layout:
ermisch | Büro für Gestaltung

Druck:
Steppat Druck GmbH

Februar 2019